

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

25.7.1862 (No. 173)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 25. Juli.

N. 173.

1862.

Voranzahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Amtlicher Theil.

Erlaß zur Annahme fremder Orden.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 8. Juli d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Geh. Hofrath Dr. Schürmayer zu Commendungen die unterthänigst nachgesuchte Erlaubnis zu erteilen, das ihm von Sr. Maj. dem Kaiser von Rußland verliehene Kommandeurkreuz des St. Stanislaus-Ordens anzunehmen und zu tragen.

Medaillenverleihung.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 5. Juli d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem israelitischen Hauptlehrer Moses Halle in Gailingen in Anerkennung seines fünfzigjährigen pflichtgetreuen Wirkens die silberne Zivil-Verdienstmedaille zu verleihen.

Dienstmeldungen.

Karlsruhe, den 23. Juli.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 15. d. M. gnädigst geruht, den Geh. Hofrath Professor Dr. Baumgärtner an der Universität Freiburg auf sein unterthänigstes Ansuchen und unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienstleistungen in den Ruhestand zu versetzen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben ferner unter dem 21. d. M. gnädigst geruht, die Stelle eines Kollegialmitglieds bei der Regierung des Unterheinrichs dem, dem katholischen Oberkirchenrath beigegebenen Regierungsrath Klein, die Stelle eines Amts- und Amtsgerichts-Rathes in Donaueschingen dem Baderarzt Dr. Eimer in Langenbrücken, die Stelle eines Amts- und Amtsgerichts-Rathes in Neckarbischofsheim dem Assistenzarzt Dr. Langsdorff in Schiltach, die Stelle eines Amts- und Amtsgerichts-Rathes in Adelsheim dem Assistenzarzt Robert Aneshänsel in Schöndau zu übertragen, sodann

dem Privatdozenten in der Jurisprudenz der Universität Heidelberg, Dr. Friedrich Bering, den Charakter als außerordentlicher Professor zu verleihen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst höchster Entschliessung aus großh. Staatsministerium vom 5. April l. J. auf die höchstehende Patronat unterliegende katholische Pfarrei Fuzgen den Pfarrer Heinrich Wergel zu Oberspizenbach gnädigst zur Ernennung geruht, und wurde derselbe am 17. Juni l. J. kirchlich eingesetzt.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst höchster Entschliessung aus großh. Staatsministerium vom 5. April l. J. auf die höchstehende Patronat unterliegende katholische Pfarrei Worblingen den Pfarrer Johann Baptist Stalger von Niedern gnädigst zur Ernennung geruht, und wurde derselbe am 1. Juli l. J. kirchlich eingesetzt.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst höchster Entschliessung aus großh. Staatsministerium vom 5. April l. J. auf die höchstehende Patronat unterliegende katholische Pfarrei Wehr, Dekanats Wiesenthal, den Pfarrverweser Ernst Gieseler von Mördlingen gnädigst zur Ernennung geruht, und ist derselbe am 3. Juni d. J. kirchlich eingesetzt worden.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst höchster Entschliessung aus großh. Staatsministerium vom 19. Mai l. J. aus der Zahl der von dem Hrn. Erzbischof der großh. Staatsregierung vorgeschlagenen drei Bewerber den Pfarrverweser Joseph Leber in Kapplerthal auf die katholische Pfarrei Kapplerthal gnädigst zu designiren geruht, und hat derselbe am 30. Juni l. J. die kirchliche Einsegnung erhalten.

Se. Excellenz der Hr. Erzbischof hat dem bisherigen Pfarrverweser Joseph Knapp in Eppingen die Pfarrei Speßart, Dekanats Ettlingen, verliehen, und ist derselbe am 30. Juni d. J. kirchlich eingesetzt worden.

Se. Excellenz der Hr. Erzbischof hat dem bisherigen Pfarrverweser Kilian Benz in Neckargemünd die Pfarrei Dilsberg, Dekanats Heidelberg, verliehen, und wurde derselbe am 1. Juli l. J. kirchlich eingesetzt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Ein preussisches Aktenstück.

Die „Sternzeitung“ theilt die Depesche mit, welche der Minister des Auswärtigen, Graf Bernstorff, in Erwiderung auf die neuesten Anträge Desterreichs wegen der Zollangelegenheit an den preussischen Gesandten in Wien, Herrn v. Werther, gerichtet hat:

„Berlin, den 20. Juli 1862.
Hochwohlgeborener Freiherr! Graf Károlyi hat mir die

abschriftlich anliegende Depesche vom 10. d. M. nebst den darin erwähnten Beilagen mitgetheilt. Der Inhalt dieser Aktenstücke ist ein Gegenstand sorgfältiger Erwägung von Seiten der königlichen Regierung gewesen. Das Ergebnis dieser Erwägung befreie ich mich Ew. Excellenz nachstehend ergebnis mitzutheilen.

Nach Inhalt jener Schriftstücke macht Desterreich den Vorschlag, mit dem Zollverein in ein Vertragsverhältnis zu treten, nach welchem, vom 1. Januar 1863 ab, die Gesetzgebung des Zollvereins über die Besteuerung des Verkehrs mit dem Ausland, soweit nicht Abänderungen derselben vereinbart werden möchten, in beiden Zollgebieten gleichmäßig zur Anwendung kommen, die Einfuhr und Ausfuhr der Erzeugnisse des einen in das andere Zollgebiet, vorbehaltlich der Gegenstände eines Staatsmonopols oder einer innern Besteuerung und der Surrogate für außereuropäische Verzehrungsgegenstände, sowie der Fabrikate aus legeren gegenseitig abgabefrei stattfinden und der in beiden Zollgebieten von gewissen ausländischen Halbfabrikaten und Fabrikaten aufkommende Zollertrag, nach einem näher bezeichneten Maßstabe, zwischen beiden getheilt werden soll. Nach Annahme dieses Vorschlags von Seiten des Zollvereins und nach Feststellung der Hauptpositionen des künftigen gemeinschaftlichen Zolltarifs soll eine gegenseitige vorläufige Verständigung über die notwendigen Abänderungen des zwischen uns und Frankreich am 29. März d. J. paraphirten Handelsvertrags erfolgen und es sollen, auf Grund derselben, gemeinschaftlich von uns und Desterreich Verhandlungen über einen Handels- und Zollvertrag mit Frankreich, event. mit Großbritannien eingeleitet werden. Diese Verhandlungen sollen auf die Feststellung nicht von einzelnen Zollsätzen, sondern von mehr oder minder allgemeinen Grundsätzen, z. B. die Nichterhöhung der bestehenden Zollsätze über ein bestimmtes Prozent des Werths der Waaren hinaus, gerichtet sein.

In der Depesche, mit welcher der Hr. Graf v. Rechberg dem Hrn. Grafen Károlyi diese Vorschläge überliefert, verschweigt derselbe die Bedenken nicht, welche die kais. Regierung vor Mittheilung derselben an uns zu überwinden hatte. Er hebt hervor, daß die Verhandlungen, in welche wir uns mit Frankreich eingelassen haben, eine solche Mittheilung kaum angänglich gemacht haben würden, wenn allein unsere Stellung als europäische Macht in Betracht gekommen wäre. Er erlirbt indessen in dem Umfange, daß die Vorschläge Desterreichs an den Zollverein, also an uns nur als Mitglied dieses Vereins, gerichtet sind, und daß sie eine vollständige Veränderung der bisherigen Sachlage mit sich bringen, einen Unterschied, durch welchen die, aus unserem Verhältnis zu Frankreich hergeleiteten Bedenken geboben werden.

Es hat uns nicht gelingen wollen, diesen Unterschied uns klar zu machen, oder, wenn er vorhanden sein sollte, als wesentlich anzuerkennen. Dem kais. Hrn. Minister der auswärtigen Angelegenheiten ist bekannt, daß wir den Handelsvertrag mit Frankreich nicht in unserm Namen, nicht als europäische Macht, sondern im Auftrage der Zollvereins-Regierungen und als Mitglied des Zollvereins verhandelt haben, also eben in der Eigenschaft, in welcher wir jetzt die Vorschläge Desterreichs entgegenzunehmen haben. Wie dem aber auch sei, so vermögen wir gegenüber den Verpflichtungen, welche wir als europäische Macht oder als Mitglied des Zollvereins, im Wege des Vertrages oder durch einseitige Handlungen, übernommen haben, nur einen Gesichtspunkt als leitend anzuerkennen: das Festhalten an gegebenen Worten.

Nach Inhalt des dem Hrn. Grafen v. Rechberg seiner Zeit mitgetheilten Protokolls vom 29. März d. J. besteht zwischen uns und Frankreich ein, wenn auch an eine Suspensionsbedingung geknüpftes Vertragsverhältnis. Wir haben unsere Zollverbündeten, mit deren Wissen und Willen wir dieses Verhältnis eingeleitet haben, eingeladen, dasselbe durch ihre Zustimmung per se zu machen. — Mehrere unserer Zollverbündeten haben diese Zustimmung erteilt, einige mit vorgängiger oder nachträglich erfolgter Genehmigung ihrer Landesvertretungen. Wir selbst haben die Verträge unserm Landtage vorgelegt und erwarten in wenigen Tagen die Abstimmung in dem einen Hause. Ich möchte glauben, daß der kais. österreichische Hr. Minister der auswärtigen Angelegenheiten, wenn er sich diese Thatsachen in ihrem Zusammenhange vergegenwärtigt hätte, Bedenken getragen haben würde, uns einen Vorschlag zu machen, welcher darauf hinausgeht, daß wir uns den Verpflichtungen einseitig entziehen sollen, welche wir gegen Frankreich durch das Protokoll vom 29. März d. J., gegen unsere Zollverbündeten durch die von ihnen angenommene Einladung zum Beitritt, und gegen unser eigenes Land durch den, an die Landesvertretung gerichteten Antrag auf Zustimmung zu den Verträgen eingegangen sind.

Wir würden indessen, auch wenn wir durch diese Verpflichtungen nicht gebunden wären, Bedenken tragen müssen, die Vorschläge Desterreichs anzunehmen. Ich beschränke mich hier darauf, das entscheidende von diesen Bedenken hervorzuheben, und kann dabei an eine meiner neuesten, nach Wien gerichteten Mittheilungen anknüpfen.

Die Gesichtspunkte, welche uns bei der Verhandlung unserer Verträge mit Frankreich geleitet haben, sind in der von mir unterm 7. April d. J. an Ew. Excellenz gerichteten Depesche ausgesprochen. So großen Werth wir im Interesse

unseres Gewerbfleißes und unseres Handels auf die Theilnahme an der Versorgung eines großen und reichen, an den Zollverein angrenzenden Marktes zu legen hatten, so würden wir uns doch zu derjenigen Umgestaltung des Zolltarifs, welche der Handelsvertrag mit Frankreich in sich schließt, nicht haben verstehen können, wenn wir nicht überzeugt gewesen wären, daß diese Umgestaltung, ganz abgesehen von allen vertragmäßigen Äquivalenten, eine durch das eigene Interesse des Zollvereins gebotene Nothwendigkeit sei. Es handelte sich für uns nicht bloß um einen Akt der auswärtigen Handelspolitik, sondern der innern Reform. Der bestehende Vereins-Zolltarif hat sich nach unserer Ueberzeugung überlebt.

Diesen nämlichen Tarif will Desterreich durch seine Vorschläge bis zum Schlusse des Jahres 1877 zur Grundlage des Vertragsverhältnisses zwischen dem Zollverein und Desterreich machen. Die Vorschläge behalten zwar eine Revision desselben vor; es soll jedoch, soweit bei dieser Revision eine Verständigung über Abänderungen nicht erfolgt, bei den bestehenden Bestimmungen verbleiben, und es soll den im Zollverein bestehenden Grundsätzen gemäß zu jeder Abänderung des Einverständnisses sämtlicher Vereinsregierungen und Desterreichs bedürfen. Eine solche Verabredung, ich spreche es offen aus, würden wir nicht eingehen können, auch wenn Verhandlungen zwischen uns und Frankreich niemals stattgefunden hätten, denn über die mit dem 31. Dezember 1865 ablaufende Vereinsperiode hinaus würden wir uns an den bestehenden Vereins-Zolltarif in keinem Falle binden wollen.

Wir haben auf die Freiheit unserer Entschliessung über diesen wichtigsten Theil der Handelsgesetzgebung einen um so entschiedeneren Werth zu legen, als wir die Befürchtung hegen müssen, daß wir uns über die Ziele der vorbehaltenen Tarifrevision nicht im Einverständnisse mit Desterreich befinden würden. Die Bedenken, welche die kais. Regierung in früherer wie in neuerer Zeit gegen den Zollvereins-Tarif geltend gemacht hat, und deren Erledigung nach Inhalt der „Motivierung“ ihrer Vorschläge bei jener Revision vorbehalten wird, waren vornehmlich gegen das allzu niedrige Ausmaß der Sätze dieses Tarifs für die werthvolleren Waaren gerichtet, zielten also auf eine Erhöhung dieser Sätze hin. In der Denkschrift, welche der Depesche des Hrn. Grafen v. Rechberg an den Grafen Chotek vom 7. Mai d. J. beigelegt ist, wird mit Bestimmtheit ausgesprochen, daß die große Mehrzahl der von uns durch den Vertrag mit Frankreich angenommenen Zollsätze von der Art sind, daß Desterreich, ohne den Untergang vieler Zweige seiner Industrie herbeizuführen, diesen Sätzen selbst nur so weit, als die Aufrechterhaltung der bisherigen Zwischenzölle fordert, nicht zu folgen vermag. In der, zu den Vorschlägen Desterreichs gehörenden „Besondern Verabredung“ endlich werden nicht nur Modifikationen des Vertrags mit Frankreich im Allgemeinen als nothwendig vorausgesetzt, sondern es wird die Aufgabe der in Aussicht genommenen späteren Verhandlungen mit Frankreich ausdrücklich dahin präzisirt, daß, an Stelle einzelner Zollsätze, mehr oder minder allgemeine Grundsätze, z. B. die Nichterhöhung der bestehenden Zollsätze über ein gewisses Maß hinaus, zu vereinbaren seien.

Es kann nicht meine Absicht sein, die Frage zu diskutieren, ob ein Tarif, wie solcher unserm Vertrag mit Frankreich beigelegt ist, den wirtschaftlichen Interessen Desterreichs entsprechen würde. Ich darf mich darauf beschränken, zu konstatiren, daß auch aus den vorliegenden Schriftstücken die Verneinung dieser Frage hervortritt. Die Verschiedenheit unseres Standpunktes von demjenigen Desterreichs, welche sich aus dieser Verneinung ergibt, können wir aufrichtig beklagen; wir können aber, wo es sich um die höchsten wirtschaftlichen Interessen des Landes handelt, den Standpunkt, welchen wir für den richtigen halten, nicht verlassen.

Ew. Exc. ersuche ich ergebnis, gegenwärtige Depesche ohne Verzug zur Kenntniss des Hrn. Grafen v. Rechberg zu bringen und demselben Abschrift davon mitzutheilen.

Empfangen Ew. Excellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(gez.) Bernstorff.

An
des k. kais. Geh. Raths und
Gesandten in. Hrn. Frhrn. v. Werther
Excellenz zu Wien.

* Aus dem preussischen Abgeordnetenhaufe.

Der Handelsvertrag mit Frankreich.

Berlin, 23. Juli. Das Haus der Abgeordneten beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit dem preussisch-französischen Handelsvertrag. Am Ministerisch: v. d. Heydt, Graf Bernstorff, v. Holzbrink, Graf zur Lippe, und die Regierungskommissäre Delbrück und Philippson. Es sind 6 Redner für den Handelsvertrag eingeschrieben, und zwar die Abgg. v. Rönne (Solingen), Prince-Smith, Waldeck, Müller (Anklam), Reichenheim, Faucher, und 5 Redner gegen: die Abgg. Pfaffmann, Frhr. v. Gahlenz, Reichenperger (Detmold), Harfort, Rette (Heisterfeld).

Berichterstatter Michaelis: Der gegenwärtige Vertrag wurde in der Gewerbegesetzgebung von 1818. Seine Gesetzgebung habe uns die Freiheit des Bauernstandes und die Ge-

werbefreiheit gebracht. Durch sie und durch den Tarif von 1815 sei der Zollverein entstanden. Nur provisorisch seien Schutzölle eingeführt; erst 1849 trat man definitiv mit dem Schutzölle-System auf, wogegen unter Zustimmung des Landes Braunschweig protestierte. Seit den neuen Zollverträgen habe Preußen indes, wiewohl vergeblich, auf Herabsetzung der Schutzölle, namentlich für Eisen, hingewirkt. Die Verhandlungen mit Frankreich in Betreff des Handelsvertrags gewährten zuerst die Möglichkeit einer Tarifveränderung. Der Tarif desselben sei ein Kompromiß zwischen Schutzölle und Freihandel. Die Anhänger des Schutzölles sollen nur ihre Zustimmung zu einer geringen Herabsetzung des Zolles geben. Drei Vertreter des preussischen Handelsystems seien er im Hause — Hrn. v. d. Heydt, Kühne und v. Rönne — alle drei seien für den Vertrag. Gegenwärtig, wo für das deutsche Verfassungsleben nicht zu wirken sei, nehme Preußen für Deutschland die Initiative der Handelsreform in die Hand, und es sei die Pflicht des Hauses, dieses Bestreben zu unterstützen. Die Feinde Preußens haben zur Intrigue gegriffen; sie seien nach Wien gegangen, um dem Vertrage entgegenzuwirken. Es liege ihm eine Depesche vor, woran Österreich an die Zollvereins-Regierungen eine Note gerichtet, in der es sage, der Vertrag errichte eine Scheidewand zwischen Österreich und dem übrigen Deutschland. Das sei aber keineswegs der Fall; D e s t e r r e i c h wolle eine Scheidewand errichten. Die österreichische Regierung erkläre ferner, sie wolle Opfer bringen, lasse aber die Zollgrenzen zwischen sich und den Zollvereins-Staaten bestehen. Das sei in der That kein Opfer. Die ganze Bedeutung des österreichischen Planes sei keine Zollvereinigung, sondern die Abhängigkeit des Zollvereins von Österreich, von der österreichischen Landesvertretung, deren Majorität nicht einmal deutsch sei. Mit diesem Plane mühe Österreich Preußen zu, den Vertrag mit Frankreich aufzugeben, sein Wort zu brechen. Preußen sei auf eine liberale Handelspolitik hingewiesen; ginge es auf den österreichischen Plan ein, so würde es zu einer schwachen Opposition und zur Dynastie verurteilt. Der Plan sei unannehmbar; er sei also entweder eine Drohung, oder der Versuch, die süddeutschen Staaten an sich zu ziehen. Preußen müsse den Kampf aufnehmen, nicht nur in seinem, sondern in ganz Deutschlands Interesse. Möge das Haus ein klares Wort geben, an dem keine feindselige Opposition rütteln könne. Mehrere Petitionen hätten Bedingungen bei Annahme des Vertrags vorgeschlagen, besonders im Hinblick auf unsere Eisenbahn- und Bergwerksgesetzgebung. Diese Gesetzgebung habe aber mit dem Vertrage nichts gemein, und wenn sie mangelhaft sei, so werde man sie revidieren; dann aber habe der Vertrag den Anstoß zu ihrer Besserung gegeben. Das Wortum des Hauses solle nicht bloß in Preußen, sondern auch im übrigen Deutschland wirken; darum müsse es ohne Bedingung, ohne Abänderung möglichst einstimmig abgegeben werden. (Diese Rede war vielfach von allseitigen Beifallsrufen unterbrochen.)

Der Minister Graf Bernstorff empfiehlt angelegentlich die möglichst einstimmige Annahme des Vertrages. In Bezug auf die von dem Vorredner berührten österreichischen Vorschläge sei bereits gestern in Wien eine Note übergeben, in welcher diese Vorschläge abgelehnt werden. Die Hauptgesichtspunkte, die die preussische Regierung dabei geleitet haben, seien, daß wir am gegebenen Worte festhalten (Bravo!), und daß der jetzige Tarif des Zollvereins sich überlebt hat, und daß Preußen nicht daran festhalten will, wozu es aber genötigt wäre, wenn es die österreichischen Vorschläge annähme. (Bravo!)

Abg. Plagmann (gegen den Vertrag): Der Vertrag, sowie der Kommissionsbericht seien keineswegs so ausgezeichnet, daß er jede Konkurrenz ausschließe. Man habe ihn vom politischen wie national-ökonomischen Standpunkt empfohlen. Von beiden Standpunkten müsse er gründlich geprüft werden, und es sei nicht zu fürchten, daß dadurch eine feindselige Agitation entstehen werde. Man müsse fragen, welche Folge der Vertrag für das Rheinland haben werde. Der Vertrag schließe hauptsächlich die Rheinfahrt aus. Frankreich habe in dieser Beziehung kein Zugeständnis gemacht, und deshalb hätte man „Nein“ sagen müssen. Sollte man sich die Hauptwasserstraße, den Rhein, von Frankreich mit einem Damm belegen lassen, in einem Augenblick, wo man einen Kanal vom Rhein zur Weser und Elbe projektire? Verträge es sich mit Deutschlands Ehre, daß durch den Handelsvertrag der Rhein geschlossen werde? Könne man das vor dem preussischen und deutschen Volk verantworten? Eine zweite Frage erhebe sich durch das 2. Article des Art. 31, betreffend das Nichtverbot der Steinfuhr. Zwar sage der Bericht, das sei kein Vortheil für Frankreich, da es ähnliche Verträge mit Belgien und England habe. Es handle sich aber hier bloß um die Saarbrücker Kohle, die Preußen ausführe; der Zollverein führe keine Kohle aus. Es sei also lediglich eine preussische Konzession. Frankreich habe wiederholt erklärt, daß es eine Lebensfrage seiner Marine sei, die Saarbrücker Kohle zu beziehen. Frankreich habe keine Kohlen auszuführen; es sei also die Kohlenausfuhr nach Frankreich eine politische Konzession Preußens an Frankreich. Preußen liefere ihm auf die Dauer des Vertrags Kriegsmaterial. Jene Konzession sei aber bedenklich, weil man das beste Pressionsmittel aus der Hand gegeben habe, Frankreich zu Tarifveränderungen zu bestimmen. Bedenklich sei die Konzession auch in unserm Verhältnis zu andern Staaten. Ein Krieg Frankreichs mit England gehöre z. B. nicht zu den Unmöglichkeiten. Die liberale Partei habe nun wiederholt erklärt, daß Preußen mit England gehen müsse, und doch verpflichte es sich, Frankreich Kriegsmaterial zu liefern. (Dro! links). Auch bei einem etwaigen Krieg mit Österreich sei dies der Fall. Und dennoch lasse man trotz dieser Konzession den Rhein schließen! (Unruhe im Hause macht den Redner oft unverständlich.) Die von Frankreich gewährten Zollvergünstigungen, namentlich bei Eisen, seien nicht erheblich; ebenso bei Blei, Zink. Eine politische Notwendigkeit, auf alle französischen Forderungen einzugehen, liege nicht vor. Die Ungleichheit sei namentlich bei Eisen groß.

Frankreich erhebe das 40fache wie der Zollverein dafür; dieselbe sei bei Lederwaren der Fall. Wir legen den Tarif von 30 auf 20 Thaler herab, Frankreich erhebe ihn bis zu 200 Thlr. Dieselbe Ungleichheit herrsche im Schiffahrts-Vertrag, und doch hätte man günstigere Bedingungen gewonnen, wenn man mit England einen Vertrag geschlossen hätte. Der Vertrag sei kein Kompromiß zwischen Freihandel und Schutzölle, oder wenn er es sei, so gestalte Preußen Frankreich den Freihandel, und dieses behielte für sich den Schutzölle. Frankreich habe die Möglichkeit, seine Waaren bei uns einzuführen, aber schließe durch hohen Zoll die uns aus. Dieses Verhältnis gestalte sich noch ungünstiger als bisher, und namentlich würden die Westprovinzen dadurch betroffen. Der Bericht sage, es sei endlich Zeit, daß der Rhein aufhöre, dem Westen Steuern zu zahlen. (Unruhe, Widerspruch.) Der Westen hatte so lange die Grundsteuer gezahlt, während dies der Osten nicht gethan; der Westen habe dem Osten die Eisenbahnen gebaut. Eine Verschmelzung des Westens und Ostens liege im Interesse des Landes. Die Frage der Eisen-Schutzölle habe deshalb ein schweres Gewicht auch für die Ostprovinzen. Die Eisenindustrie sei eine Lebensfrage für Westphalen. England habe trotz seiner liberalen Vertragsgrundsätze immer an einem Grundsatze festgehalten. Es habe sein Eisen und seine Kohle und sein Korn erst der Ausfuhr geöffnet, als es erstarkt war. Eisen, Kohle und Korn seien Bedingungen des nationalen Lebens; ihre unbeschränkte Einfuhr könne nur verderbliche Folgen für die Westprovinzen haben. Nicht nur seien die Einfuhrzölle auf Kohleisen, auch auf verarbeitetes Eisen bedeutend ermäßigt. Deshalb und vor Allem im Interesse der westlichen Provinzen könne er dem Vertrag seine Zustimmung nicht geben.

Abg. v. Rönne (Sollingen) kann dem Vertrage nur seine Anerkennung hollen, wenn er auch Manches zu wünschen übrig läßt. Das sei aber nicht die Schuld der Männer, die sich der Eisenarbeit unterzogen haben. Die Regierung habe sich ein unlängbares Verdienst damit erworben. Das Haus möge dem deutschen Volke zeigen, daß Preußen stets als leuchtendes Beispiel voranzugehen entschlossen sei; die deutschen Landesvertretungen mögen sehen, daß das preussische Haus der Abgeordneten dem Fortschritt huldigt. Wenn von der kompromittierten Ehre Preußens die Rede sei, so möge Graf Bernstorff darauf antworten. Österreichs Eintritt in den Zollverein sei unmöglich, das zeige klar die Note vom 20. Juli. Der Zollverein und dessen Erneuerung sei auch nicht das Einzelziel des deutschen Volks; er habe nur Zoll- und Tariffragen zu regulieren. Für Österreich handle es sich um etwas ganz Anderes, und das zeigten jetzt die ohnmächtigen Versuche von Konferenzen, die nur ein trauriges Bild des deutschen Partikularismus gewährten. Der Handelsvertrag sei eigentlich nur ein Vertrag über eine ganze Menge noch zu schließender Verträge, denn jeder kleinste Staat könne irgendwelche Tarifabänderung hintertreiben. Der Handelsvertrag mit Frankreich sei durch den französisch-englischen Vertrag geboten gewesen, da der Zollverein durch denselben vom französischen Markt ausgeschlossen war. Und mit welchen Schwierigkeiten habe Preußen dabei zu kämpfen! Ein Theil der Zollvereins-Staaten habe noch nicht zugestimmt aus verschiedenen Gründen. Sollte man den schwerfälligen Mechanismus des Zollvereins durch die Aufnahme Österreichs noch schwerfälliger machen? Es gebe nur ein Mittel — die politische Einheit Deutschlands, eine Zentralgewalt, ein Nationalparlament. Hier werden alle Interessen gewahrt werden; eine solche Zentralgewalt werde sich keine abschlägige Antwort vom Auslande holen, wie sie Preußen sich von Japan hat gefallen lassen müssen; dann werden in Siam und China wahrhaft deutsche Konsuln residieren. Die Befriedigung der Bedürfnisse des Volks werde nur durch eine politische Neugestaltung Deutschlands ermöglicht; dann werde man etwas Besseres an die Stelle des Zollvereins setzen können. Die politische Neugestaltung Deutschlands mache sich gerade auf dem Gebiete der materiellen Interessen am meisten geltend, und die Regierung werde sich dieser Aufgabe nicht entziehen können. Möge die Anerkennung Italiens eine Mahnung für die Regierung sein, damit sie nicht durch vollendete That-sachen überlistet werde.

Graf Bernstorff: Der vorlesende Hr. Redner hat von politischen Konzessionen gesprochen, welche wir an Frankreich gemacht haben sollen; uns haben keine politischen Motive geleitet, sondern rein materielle, national-ökonomische. Was die Behauptung betrifft, daß die Ehre Preußens verlegt sei, so kann ich dies nur auf das allerentschiedenste zurückweisen.

Abg. Lette will dem Vertrage zwar zustimmen, muß aber mehrere Einzelheiten tadeln. (Der Redner thut dies unter großer Unanmerksamkeit des Hauses.)

Abg. Prince-Smith: Die Versammlung sei dazu da, den Handelsvertrag, nicht die Möglichkeit einer Erneuerung oder Erneuerung des Zollvereins zu prüfen. Die von Frankreich mit England und Belgien abgeschlossenen Verträge hätten bis jetzt noch nicht hinlänglich legernd wirken, weil sie einmal von einem zu neuen Datum sind, andererseits aber auch Mähernten in Frankreich und der nordamerikanischen Krieg hindernd eingetreten waren. England kann das Getreide nicht so wohlfeil produzieren, wie andere Länder. Deshalb hieß es früher dort, würden die Kornzölle aufgehoben, dann ginge der Ackerbau und damit auch die Industrie zu Grunde. Die Kornzölle seien dennoch aufgehoben worden, und der Erfolg sei gewesen, daß alle Pachtungen in England um 50 Pct. gestiegen sind. So sei es überall mit dem Schutzölle, er wirke stets nur verderblich. Der unbedingte Freihandel könne uns allein in den Stand setzen, das Volkswohl zu fördern und der Industrie den höchstmöglichen Aufschwung zu geben. Der Tarif, der zur Annahme vorgelegt worden, sei aber noch lange nicht auf ein wahrhaftes Freihandelsystem gegründet; er (Redner) würde ihn auch nicht empfehlen, wenn er nicht hoffte, daß sich aus demselben noch andere weitergreifende Fragen entwickeln würden.

Abg. v. Mallinrodt gegen den Vertrag. Derselbe enthalte die Bestimmung, er solle nur in Kraft treten, wenn

der Zollverein im Jahr 1866 weiter fortbestehe. Das setze voraus, daß alle Zollvereins-Staaten ihre Zustimmung gäben. In jüngster Zeit habe verlautet, die Regierung beabsichtige unmittelbar nach Zustimmung des Landtags ihn selbständig zu ratifizieren. Wenn nun nicht alle Zollvereins-Staaten zustimmten, dann siehe die Auflösung des Zollvereins in Aussicht. Man habe zu wählen zwischen dieser Eventualität und dem Vertrage. In diesem Fall würde man sich doch für den Zollverein aussprechen. Redner kommt, wie der Abg. Plagmann, auf den Art. 31 zu sprechen. Die Schwierigkeiten, welche sich einer Zollvereinigung mit Österreich entgegenstellen, zu beseitigen, möge allerdings eher Sache Österreichs als des Zollvereins sein. Es würde ihm zur Beruhigung dienen, wenn Österreich von dem Anschlusse an den Handelsvertrag nicht ausgeschlossen wäre, wenn die Zollvereinigungsfrage eine offene bliebe.

Regierungskommissar Delbück: Durch die Bestimmung der Dauer sollte und konnte der Frage wegen Erneuerung der Zollvereins-Verträge nicht vorgegriffen werden; man mußte also im Vertrage Vorkehrungen treffen, es müßte auch durch besondere Protokoll Preußen seinerseits sich für 12 Jahre verpflichten. Ueberhaupt habe durch den Handelsvertrag mit Frankreich der Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins nicht vorgegriffen werden sollen. Preußen bliebe an denselben auch gebunden, wenn der Zollverein sich inzwischen auflöse. Der Redner widerlegt dann die Einwendungen des Abg. Plagmann. Derselbe habe aus dem Ehrenpunkt heraus gegen den Vertrag argumentirt, habe den Vater Rhein vor sicheln schätzen wollen u. s. w. Auf die Ehrenfrage in einer an sich trockenen materiellen Sache will ich nicht Gewicht legen; aber gerade auf diesem Gebiete kann man für den Vertrag stimmen. Hätten wir den französischen Tarif sans phrase angenommen, dann hätte man einen Ehrenpunkt darin suchen, nicht aber wenn man den eigenen Tarif billiger behält. Sucht man darin die Ehre, wenn man die Fehler Anderer nachmacht; ist das ein Fehler, daß wir den seit 1818 bestehenden Baumwollenzoll auf 15 Sgr. aufrecht erhalten? Bezüglich des Kohlenhandels werden 2 Nationen die Thorheit nicht begehen, daß sie mit großen Kosten einen Kanal bauen, um sich die Ausfuhr der Kohlen nachher zu verbieten. Das al. 2 des Art. 31 wäre also eigentlich ganz unnütz gewesen. England sei durch die Steinölle ebenfalls in ein inniges Allianzverhältnis mit Frankreich getreten. Wie solle also ein Krieg stattfinden? Was nun den Vater Rhein betrifft, so bestrebe der auf demselben lastende Damm, von welchem der erste Redner gesprochen, bereits jetzt, und er werde nicht von dem Kaiser Napoleon bezweckt, sondern die Eisenbahnen hätten ihn hervorgebracht; Manufakturwaaren gingen nicht auf dem Rhein, sondern über Belgien, welches dieselben Begünstigungen besitze, wie der Vertrag sie gewähre; die Niederlande haben zur Zeit noch keinen Vertrag. Wahrscheinlich werden aber auch die durch die Niederlande gehenden Artikel den Bestimmungen des Vertrags unterworfen werden. Auf die Bemerkungen des ersten Hrn. Redners wolle er jetzt nicht eingehen, da dies bei den betreffenden Vertragsartikeln geschehen werde.

[Die Eingangsworte des Redners sind hier offenbar zu lüdenhaft wiedergegeben; wir gebeten darauf zurückzukommen. — D. R.]

Abg. Reichenheim glaubt im Namen der gesamten Industrie der Staatsregierung für Abschluß des Vertrages danken zu müssen, denn wenn auch mancher Industrieller jetzt noch mit einer gewissen Neugierlichkeit auf denselben blicke, so geschehe dies nur, weil er fürchte, daß die Tariffälle noch weiter herabgesetzt werden möchten. Eine Zollvereinigung mit Österreich sei nicht möglich in Folge seines Tabaksmonopols und anderer unglücklichen Verhältnisse. Österreich habe Alles versucht, um unter den Industriellen des Zollvereins eine Agitation gegen den Vertrag herbeizuführen. Er fordere die Regierung auf, fest zu bleiben. Die preussische Industrie würde bebauern, wenn der Zollverein gesprengt werden sollte; sie würde es aber noch viel mehr bebauern, wenn die Regierung der Agitation nachgäbe. Es sei zu wünschen, daß sie dieselbe gänzlich unberücksichtigt lasse.

Abg. Harde kann dem Vertrag nicht durchweg zustimmen, und vermisst namentlich Gegenseitigkeit; er will jedoch bei der Spezialdebatte auf diese Einzelheiten zurückkommen.

Abg. Walde: Die freihandelspolitische Entwicklung in der Politik stehe mit der gewerblichen und handelspolitischen in vollständigem Zusammenhange. In allen Staaten habe sich in neuerer Zeit die gewerbliche Entwicklung in erhöhtem Maße kund gegeben. Nicht in spezifisch-preussischem, sondern in echt deutschem Sinne und im Sinne des Fortschritts werde das Haus handeln, wenn es dem Handelsvertrage seine Zustimmung gebe. — Abg. v. Gahlenz: Der vorliegende Vertrag werde namentlich nachtheilig auf die schlesischen Spinnereien einwirken; für Schlesien könne nur ein Handelsvertrag mit Ausland segensreich sein, weshalb er den auswärtigen Minister ersuche, nach Kräften für die Herstellung eines solchen Vertrags zu wirken. Bei alle dem werde er für den Vertrag stimmen.

Regierungskommissar Delbück: Der Vorredner habe den Verfall der schlesischen Leinenindustrie aus einem englisch-spanischen Vertrage hergeleitet; ein solcher existire aber gar nicht. Die Ursache jenes Rückschlusses entspringe vielmehr daraus, daß Schlesien sich nicht zur rechten Zeit der Maschinenweberei zugewandt habe. Daß die Zollerhöhung an der polnischen Grenze für Schlesien eine Katastrophe geworden, sei richtig; aber die Wiener Verträge seien durch die Erhöhung nicht verlegt. — Abg. Reichenberger (Bettum): Nicht der Gegensatz von Schutzölle und Freihandel bilde den Hauptgrund gegen den Vertrag; auf beiden Seiten stehen ausgezeichnete Männer, und es sei noch gar nicht so ausgemacht, wer Recht hat. Aber durch den ganzen Vertrag geht der Gedanke einer Begünstigung und Bevorzugung der französischen Arbeit vor der deutschen. Wir können jetzt schon von Arbeiternoth sprechen; ich befürchte, diese Noth wird sich durch den Vertrag noch vermehren. Ich achte es für gleichgültig, ob der Arbeiter ein Paar Handschuhe oder dgl. um einen oder zwei Silbergroschen wohlfeiler kaufen

kann als fest. Redner spricht schließlich die Meinung aus, daß Oesterreich einen bessern Markt für Preußen bilden würde, als das in seiner Industrie so vorgeschrittene Frankreich.

Reg.-Komm. Delbrück: Der wirtschaftliche Theil des Vortrags des Vorredners steht im Widerspruch mit dem politischen Theil. Denn wenn man uns hat fördern wollen, so würden wir doch in materieller Beziehung nicht schlechter gestellt sein, als Frankreich, wie dies der Vorredner behauptet. In Fragen, wie in den vorliegenden, haben auch in England keine Experten stattgefunden; die preussische Regierung hat auch erst nach ernstlicher Erwägung und obgleich sie sich der Verantwortlichkeit bewußt war, die sie übernahm, sich von der Unausführbarkeit der Enquete überzeugt. Das Resultat einer Enquete ist immer, daß man verschiedene sich gegenüberstehende Ansichten erhält, und dann bei den Verhandlungen mit anderen Staaten in eine üble Lage kommt, denn die Regierung hat dann die Hände gebunden. Es wäre aber doch möglich gewesen, Ermittlungen eintreten zu lassen, wenn man Frankreichs Forderungen vorher gekannt hätte. Aber auch dann hätten sich Unzulänglichkeiten herausgestellt. Bezüglich der Werthzölle, so sind sie in dem französischen Tarif nicht wegen ihrer Zweckmäßigkeit aufgenommen, sondern weil sie Frankreich von England abgegrenzt haben. In keinem Zollvertrabe sind die Werthzölle eine angenehme Sache, aber Preußen konnte unter den obwaltenden Umständen mit der Absicht, die Werthzölle in spezifische umzuwandeln, nicht durchdringen. Je wohlfeiler übrigens eine Waare, desto höher ist für sie der spezifische, desto niedriger der Werthzoll.

Ein Antrag auf Vertagung wird angenommen. Der Abg. Plasmann verwahrt sich gegen die Annahme, als habe er gesagt, die Ehre Preußens sei verletzt; er habe nur gesagt, es sei eine Ehrenfrage. Er beklagt sich auch über die scherzhafte Art der Entgegnung des Regierungskommissärs. Schluß der Sitzung. Morgen Fortsetzung der Generaldebatte, zu der noch mehrere Redner eingeschrieben sind.

Deutschland.

Karlsruhe, 24. Juli. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 33 enthält (außer Personennachrichten):

I. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachungen des großh. Ministeriums des Innern: a) Die Genehmigung von Stiftungen betreffend. b) Staatsgenehmigung von Stiftungen im Seefreise betreffend. c) Die Vergabung eines Stipendiums aus der Friedrich-Christiane-Luisen-Stiftung betreffend. d) Die Apothekertätigkeit des Ludwig Eisenlohr von Pforzheim betreffend. 2) Bekanntmachung des großh. Handelsministeriums: Die Errichtung einer Postalmehere in Mosbach betreffend.

II. Todesfälle. Gestorben sind: Am 10. April d. J. der pensionirte Bezirksförster Baumann in Watterdingen; am 4. v. M. der pensionirte Bezirksbaumeister Lupp in Freiburg; am 6. v. M. der pensionirte Bezirksförster Roth in Freiburg; am 3. d. M. der pensionirte Amtmann Mainhard in Freiburg; am 5. d. M. der pensionirte Kanzleirath Doll in Freiburg; am 19. d. M. der Kriegskommissär Lemke zu Karlsruhe.

Stuttgart, 23. Juli. An dem Besuche des Königs Ludwig von Bayern, dessen Ihr heutiges Blatt erwähnt, dürfte neben der die Jüngern wahrhaft beschämenden Ausdauer vorzüglich die Heiterkeit hervorzuheben sein, welche der greise Fürst über seine ganze Umgebung zu verbreiten wußte. — Heute früh gegen 3 Uhr hatten wir Feuerlärm; es brannte in der Wassermauer-Verschleiß-Fabrik an der Stelle des ehemaligen Schlosses Eicholzheim ein Magazinegebäude ab, ohne indeß die Fabrik zu beschädigen oder den Betrieb zu unterbrechen. — Aus München sind günstigere Nachrichten über das Schillerstandbild eingelaufen. Dasselbe soll in nicht ferner Zeit gussfertig sein, und es steht zu hoffen, daß, wenn der Guß gelingt, das Werk doch bis zum 10. Novbr. aufgestellt werden kann. Das Defizit des Fonds für das Standbild wird sich voraussichtlich auf 1000 fl. belaufen, welche man durch eine musikalische und theatralische Aufführung, nöthigenfalls durch eine zweite Sammlung zu decken gedenkt.

Nachschrift. So eben läuft die Nachricht ein, daß der Guß in der Nacht des 19. Juli auf's glücklichste vollendet worden sei.

Nippoldsau, 22. Juli. Die vorgestern Nachmittags dahier stattgehabte Verlobung Ihrer Großh. Hoheit der Prinzessin Leopoldine von Baden mit Sr. Durchlaucht dem Fürsten Hohenlohe-Langenburg erregte unter sämtlichen anwesenden Kurgästen die freudigste Theilnahme und gab sich außer den vielfachen Glückwünschen namentlich gestern Abend in den, dem hohen Brautpaar dargebrachten Festlichkeiten kund. Mit eindringender Dämmerung riefen aufsteigende Raketen die dahier sehr zahlreich versammelten Kurgäste in den Hofraum, wo Hr. Babinhaber Göringer zu Ehren des Tages ein glänzendes Feuerwerk veranstaltet hatte. Während die Badmuff passende Stücke ausführte, bligten die Raketen, Sterne, Schwärmer und Feuertäder in das Dunkel der Nacht. Drei Jungfrauen, die in vorherrschender Zahl hier anwesenden Nationen Frankreich, Schweiz und Deutschland vertretend, überreichten unterdessen der hohen Verlobten mit sinniger Ansprache im Namen der Damen ein großes Blumenbouquet. Von sämtlichen in- und ausländischen Kurgästen wurde mit lebhaftem Hoch und mit dem einmüthigen Wunsch für das Glück des hohen Brautpaares der von dem Hofgerichts-Direktor Meißner ausgebrachte warme Festtafel aufgenommen. Mit schönen Worten und in herzlichster Weise dankte der durchlauchtige Bräutigam vom Balkon der markgräflichen Wohnung der Badgesellschaft für das Fest und die dargebrachten Glückwünsche. Es ertönte nun die Volks-hymne während der zugleich in den verschiedensten Farben-klenden wechselnden Beleuchtung der ehrwürdigen Lindenalle. Die schließlich von sämtlichen Kurgästen ausgeführte, bis in späte Stunden dauernde Illumination der ganzen Badanstalt hatte eine wahrhaft brillante Wirkung und erhöhte den eigen-

thümlichen Reiz des festlich geschmückten Kurortes. In frohem Zuge begab man sich in den Konversationsaal, um den schönen Abend durch einen heitern Ball zu schließen.

Kassel, 22. Juli. (Sch. M.) Die Verfassungskammer hatte im Allgemeinen den Grundgedanken aufgestellt, daß bei den bevorstehenden Wahlen nach dem Wahlgesetze von 1849 dieselben Männer wieder zu wählen seien, welche zur zweiten Kammer in den letzten Jahren entsandt worden waren. Abgesehen von der verschiedentlich geltend gemachten Pflicht der Dankbarkeit mag dabei hauptsächlich das wiederholte Versprechen der zweiten Kammer in Betracht gekommen sein, zu notwendigen und zweckmäßigen Verfassungs- und Wahlgesetzänderungen bereitwillig die Hand bieten zu wollen. Auch muß es natürlich als ein Zeichen der konservativen Natur des Gesetzes erscheinen, wenn darnach dieselben Männer aus den Wahlen hervorgehen, als nach der verrufenen überkonservativen Wahlordnung der H. H. Hasenpflug und Genossen. Im Ganzen wird die ausgegebene Lösung auch trotz aller Einwendungen in Hanau und Marburg befolgt werden. Doch fehlt es auch nicht an Abweichungen, obwohl dabei meist Verzichtleistungen der früheren Abgeordneten zu Grunde liegen. So wird z. B. in den Diemelkreisen Hofgeismar, Grebenstein u. nicht der letzte Vertreter Heimsoth, sondern der vormalige Abgeordnete Henkel dahier, welcher zugleich das einzige noch berechtigte Mitglied des alten Ständeausschusses ist, gewählt werden. Ebenso hat ein Hr. Röbwig zu Oberellenbach verzichtet und seinen Platz dem Obergerichtsanwalt v. Müldner zu Rotenburg überlassen.

Leipzig, 22. Juli. Nach der „D. Allg. Ztg.“ hat in der Buchhandlung des Hrn. E. Keil hier eine polizeiliche Nachsicherung nach dem Manuskript des in der „Gartenlaube“ abgedruckten Auftrags über den Untergang des preussischen Schiffes „Amazon“ stattgefunden. Diese Nachsicherung wurde in der humansten Weise ausgeführt. Außerdem kann das genannte Blatt als beglaubigt hinzugefügt, daß Hr. Keil den Verfasser des erwähnten Artikels der Behörde genannt, wie auch, daß Hr. Keil zur Verschweigung des Namens gar nicht veranlaßt gewesen war.

Wien, 23. Juli. Die „Scharf. Korresp.“ schreibt: „Die von der offiziellen „Allg. Preuss. Ztg.“ am 22. Juli veröffentlichte Depesche des Grafen Bernstorff, in Erwiderung der Anträge Oesterreichs wegen einer Zolleinigung, ist am nämlichen Tage (gestern) hier übergeben worden. Die rasche Veröffentlichung erregt eine Analyse jener Note, deren Tragweite noch kaum zu berechnen ist. So viel aber steht schon fest: Der eigentliche Beginn einer neuen handelspolitischen Ära für Deutschland und Oesterreich datirt von jener am 20. Juli erlassenen Erklärung des preussischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten.“

Frankreich.

Paris, 23. Juli. Nachrichten aus Turin zufolge war dort die Rede davon, daß Garibaldi nach einem unbekannten Ziele abgereist sei; man wollte wissen, daß er einen Schlag gegen — Rom beabsichtige. Jedemfalls ist sicher, daß er neuerdings die politische und finanzielle Gesellschaft in Spanien hält und sogar den Kaiser veranlaßt, „vorstehshalber“ Instruktionen an den General Montebello und Hrn. v. Cavalletti zu ertheilen. Garibaldi erhielt mittlerweile, wie Briefe aus Genua versichern, beträchtliche Geldsummen von seinen Freunden aus England, und aus dem Vergameischen sowie aus andern Provinzen der Lombardie gehen täglich junge Leute, in Gruppen von 3—5, im Geheimen nach den Garibaldischen Sammelorten ab. Garibaldi verfügt in diesem Augenblick über 6- bis 7000 Mann.

Belgien.

Brüssel, 21. Juli. (Köln. Ztg.) Kaiser Napoleon arbeitet gegenwärtig dahin, Oesterreich dazu zu bestimmen, dem Beispiele Rußlands und Preußens folgend, das Königreich Italien anzuerkennen. Frankreich hofft dann den seit lange gewünschten Kongreß der europäischen Mächte zu Stande zu bringen und auf diesem die römische Frage ihrer Lösung entgegenzuführen.

Rußland.

Moskau, Dienstag 22. Juli. Gestern hielten J. J. MM. der Kaiser Alexander II. und die Kaiserin Maria Alexandra unter nicht enden wollendem Jubel ihren Einzug. Die Stadt prangte in reichem Schmuck. Heute geht der Kaiser nach Mitau, kehrt Abends zurück, und begibt sich am Freitag den 25. Juli per Dampfschiff nach Liban, von wo J. J. Majestäten direkt nach St. Petersburg zurückkehren.

Amerika.

London, 21. Juli. Amerikanischen Blättern sind die Generale Heingemann, Sumner, Keys und Fitz-John Porter für die im Felde bewiesene Tapferkeit zu Brigadegeneralen in der regulären Armee und zu Generalmajoren der Freiwilligen befördert worden. — General McClellan hat einen Armeebefehl erlassen, der nach den letzten, für die federalistischen Waffen nichts weniger als günstigen Ereignissen ziemlich auffallend klingt. So heißt es darin u. A.:

Es ist Euch gelungen, Eure Operationsbasis durch eine Planktenbewegung zu ändern; ein militärisches Hilfsmittel, welches stets zu den gewagtesten gerechnet worden ist. Ihr habt all Euer Material, Wagen und Kanonen, einige wenige in der Schlacht verlorene ausgenommen, gerettet und dafür dem Feinde Kanonen und Fahnen abgenommen. Auf Eurem Marsch seid ihr Tag für Tag von Leuten derselben Abstammung und Nation, die mit Euch geführt und angeführt waren, mit verzweifelter Wuth angegriffen worden. Trotz aller Nachtheile der Zahl und Stellung habt ihr in jedem Kampf den Feind mit ungeheurem Verlust seiner Leute zurückgeschlagen. Euer Benehmen stellt Euch in die Reihe der berühmten Heere der Weltgeschichte. Jeder von Euch darf untrüglich mit Stolz ausruhen: „Ich gehöre zur Potomac-Armee.“ Ihr habt die neue Basis in vollkommener Organisation und mit ungetrübtem Muth erreicht. Der Feind mag Euch jeden Augenblick angreifen; wir sind bereit, ihn zu empfangen. Ich habe persönlich Eure Linien besichtigt; der Feind möge kommen, und wir werden seinen zurückgeschlagenen Angriff in eine entscheidende Niederlage verandern. Eure Regierung trägt Euch mit

den Hilfsmitteln eines großen Volkes. Heute, am Geburtstag unserer Nation, erklären wir unsern Feinden, die in Empörung gegen die besten Interessen der Menschheit begriffen sind, daß diese Armee in die Hauptstadt der sogenannten Konföderation einziehen soll, daß unsere nationale Verfassung obliegen wird, und daß die Union, die allein jedem einzelnen Staat Frieden im Innern und Sicherheit gegen außen verschaffen kann, um jeden Preis von Zeit, Gut und Blut aufrecht erhalten werden muß und soll.

New-York, 8. Juli. Man schreibt der Londoner „Times“: „Die blutigen und bis jetzt noch ungetauften Schlachten voriger Woche werden ohne Zweifel den Sommerfeldzug beschließen. Die Listen der unionistischen Verluste sind noch nicht bestimmt, aber die Meinung urtheilsfähiger Offiziere, die den Kampf mitgemacht haben, ist, daß General McClellan's Verlust mehr als 25,000 Mann betragen wird. Die Südlischen werden ohne Zweifel die Größe ihrer Verluste zu verhehlen suchen, aber nach allem Zeugniß lebender Zuschauer und nach der stimmigen Sprache des Schlachtfeldes war ihr Verlust mindestens eben so groß, wie der ihrer Gegner. Sie weigern sich, Parlamentäre zu empfangen, die sich nach dem Schicksal vermeintlich getödteter, verwundeter oder gefangener Unionsoffiziere erkundigen wollen, und verrathen auch auf andere Weise den Entschluß, ihre Geheimnisse für sich zu behalten. General Stonewall Jackson war bei der Gelegenheit ihr großer Anführer, und obgleich todt gesagt, ist er noch immer frisch und gesund; daß General Magruder in Gefangenschaft gerathen sei, bestätigt sich auch nicht. General Beauregard war zugegen, und spielte in allen Schlachten der vorigen Woche eine thätige Rolle. Die Niederlagen McClellan's, deren Ursachen und Folgen man in Washington recht gut versteht, werden aller Wahrscheinlichkeit nach zu Veränderungen im Personal der Verwaltung führen. Der Kriegsektretär Stanton war niemals populär, aber Dr. Lincoln ist ein gutherziger Mann, und falls er dem Druck der öffentlichen Meinung, die sich in diesem Fall sehr tief und laut ausdrückt, nachgeben sollte, so wird Dr. Stanton vor dem Anbruch des Winters sich auf irgend einem behaglichen ausländischen Gesandtenposten befinden.“

Bermischte Nachrichten.

Karlsruhe, 24. Juli. Wir erhalten von Eichersheim eine Zuschrift, welche uns über den in der Preisliste des deutschen Schützenfestes vom 19. d. aufgeführten forumpirten Ortsnamen „Eichersheim“ bei Einsheim aufklärt. Es soll eben Eichersheim heißen; der Preisträger ist Georg Dörr, Gastwirth daselbst.

Deutsches Schützenfest.

A. K. Frankfurt, 22. Juli. An Tagesgeldern wurden bis heute früh 36,000 fl. eingenommen. Die Einnahmen für die Abonnements- und Schützenkarten stellen sich beträchtlich höher, wie der Voranschlag angenommen hat; jedoch müssen wir wiederholt darauf aufmerksam machen, daß auch die Ausgaben bedeutend über den Voranschlag hinausgehen. — Ueber die Gesamteinnahme können wir noch keinen zuverlässigen Bericht geben, da z. B. das Wirtschaftskomitee noch keine Zusammenstellung machen konnte. — An Schießgeld ging ein 68,000 fl.; für Festlichkeiten 23,000 fl. Es wird demnach beim Schießfest ein Verdienst von nahe an 40,000 fl. übrig bleiben. Die Stichtarten für Standschützen betrugen ca. 2356 fl. Die Stichtarten für Feldschützen ca. 1963 fl. Die Stichtarten für Standschützen zum Auslegen ca. 1165 fl. An Thalerprämien wurden ertheilt 5200 Rthlr.; hiervon kommen 1/2 auf Standschütz und 1/2 auf Feldschütz, und für Standschütz zum Auslegen 51 Thlr. — An Tagesprämien wurden bis jetzt 350 Thlr. vertheilt, an Bechern 900.

Frankfurt, 23. Juli. Die gestrige Preisverköndigung fand von der östlichen Estrade des Cabentempels aus statt, wo Hr. Bürgermeister Neuburg, Senator Dr. Müller, die Festjungfrauen und Bouquetknaben, sowie die Mitglieder des Gesamtschießvereins versammelt waren. Die Turner bildeten Spalier. Das Komitee zog zunächst mit Musikbegleitung, von einer Abteilung hiesiger Schützen und Turner geleitet, von der Festhalle um den Festplatz herum zum Cabentempel, wo auf Aufforderung von Dr. Sigmund Müller der Ektretär des Schießkomitees, Hr. Reinhard, die bereits mitgetheilten Preise verlas. Der Name jedes ersten Siegers von jeder Festschütze wurde mit Luth und vier Kanonenschüssen begrüßt, und die Festjungfrauen zeigten die gewonnenen Preise. Sodann hielt Hr. Dr. Müller die offizielle Schlußrede. Zum Schluß überreichte ein Schleswig-Holsteiner den Festjungfrauen einen prachtvollen Blumenstrauß mit einigen Dankesworten. Eine der Damen erwiderte diese Aufmerksamkeit mit einem Hoch auf Deutschland. Hierauf zog das Komitee mit den Festjungfrauen, Musik voran, um den Festplatz durch die Festhalle. Die Tyroler und Bayern reisten sich diesem Zuge an, der sodann durch die Stadt nach dem Hanauer Bahnhof sich bewegte, um den scheidenden bayrischen und österreichischen Gästen das Ehrengelbst zu geben.

Dort angekommen, sprach Hr. Dr. Müller einige herzliche Worte des Abschieds, welche die bewegte Stimmung, in der sich die abziehenden Gäste befanden, zu den rührendsten Ausdrücken der Dankbarkeit für die gastfreie Aufnahme und des Schmerzes über die Trennung steigerten. Das Zauschen, Händedrücken, Umarmen und Küssen wollte kein Ende nehmen, während die Thränen über die gebräunten Wangen rollten.

Am vorigen Sonntag wurden für 9000 fl. Eintrittskarten zu 30 fr. gelöst, der Festplatz also von mehr als 18,000 Nichtabonnenten besucht. Am vergangenen Montag hat ein Tyroler in 4 bis 5 Stunden mit einem Gewehr 80 Schwarz geschossen. In der vorigen Woche schoß ein Schweizer auf der Standschütze in einem Tage 328 Schwarz, jedoch mit mehreren Stugen. Auf den Feldschützen zeichneten sich gestern besonders aus: de Leuw aus Düsseldorf, welcher 187, und Schönher aus Innsbruck, der 206 Punkte schoß. Ueberhaupt machten in der zweiten Hälfte des Schießens die deutschen Schützen den Schweizern immer mehr den Rang streitig.

Vorgestern gab der bayrische Bundestags-Gesandte, Hr. v. d. Pfordten, den hier anwesenden bayrischen und rheinpfälzischen Schützen ein glänzendes Diner.

Hr. Paul Becker aus Frankfurt, Mitglied des hiesigen Schützenvereins, hat als vierten Preis auf die Scheibe „Deutschland“ die Rheinländer Fahne gewonnen.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Hermann Kroenlein,

